Vor neuen Herausforderungen

Dass immer mehr Sensler Fachkräfte und Lernende Freiburg den Rücken kehren und nach Bern gehen, wurde auch an der Generalversammlung des Gewerbeverbands Sense thematisiert. Dieser steht vor neuen Herausforderungen.

Arthur Zurkinden

Rechthalten Die Mitglieder des Gewerbeverbands Sense tagten am Dienstag in der Festhalle des Feldschiessens Rechthalten, unter ihnen Staatssekretär Alexandre Fasel (siehe Kasten). Grossrat und Präsident Markus Julmy gab in seinem Jahresbericht zu bedenken, dass im Vergleich zu 2020 heute nur noch die Hälfte der Unternehmen ihre Zukunft positiv einschätzen. Hohe Energiepreise, Fachkräftemangel und Druck auf die Digitalisierung sorgen nach seinen Worten für neue Herausforderungen, die aber auch Chancen bieten. Nachdem die Lieferketten wieder ins Rollen gekommen seien, mache sich aber in der Industrie erneut eine Produktionsdrosselung bemerkbar, was sich dann auch auf die KMU auswirke.

Sorgen bereitet ihm weiter der hohe Anstieg an Konkursen. «Wir müssen innovative Wege finden, um wettbewerbsfähig zu bleiben. So einfach wie in den letzten zehn Jahren vor der Pandemie wird es nicht mehr gehen», betonte Markus Julmy. Die Leistungen des Gewerbes der Bevölkerung sichtbar machen, eine zweisprachige Ausbildung anbieten und Verständnis zeigen für die junge Generation, welche die Berufsbilder oft etwas anders sehen, lauteten seine Wünsche.

Staatssekretär Alexandre Fasel (r.) und Gewerbepräsident Markus Julmy, Bild: Arthur Zurkinden

Zweisprachigkeit als Trumpf

Die Wichtigkeit der Zweisprachigkeit sprach auch Grossratspräsident Adrian Brügger an. Er würde es bedauern, wenn Sensler Persönlichkeiten den Kanton verlassen. «Wir müssen sie behalten. Der Sensebezirk gehört zu Freiburg. Der Kanton hätte nur ein Bein, wenn Deutschfreiburg wegfiele.» Er unterstrich die Wichtigkeit eines starken Verbands wie des Gewerbevereins Sense.

Reto Julmy, Direktor des Freiburger Arbeitgeberverbands, betonte, dass es wichtig ist, dass in die Ausbildung und Weiterbildung investiert werde, damit Fachkräfte nicht abziehen.

Nicolas Bürgisser, OK-Präsident der Seisler Mäss (die FN berichteten), stellte fest, dass nun auch die Leute «giggerig» seien und sich auf die Mäss von 13. bis 18. Mai 2025 in Tafers freuen. Ein Jahr vor der Eröffnung stehe die Infrastruktur und das Programm. An drei Wochenenden würden 1,2 Millionen Franken verbaut. Er erwartet finanziell «eine kleine schwarze Null». «Am 10. Juni um 10 vor 10 gehts los», sagte er und meinte damit die Einschreibungen für die Aussteller.

Gegen eine Abkoppelung von der EU

«Schweiz-EU: Wie weiter?» lautete der Titel des Referats des Staatssekretärs Alexandre Fasel, der in Düdingen aufgewachsen ist und die Verhandlungen mit der EU als oberster Diplomat der Schweiz leitet.

Wie weit diese bereits gediehen sind, durfte er nicht sagen. «In einem Jahr weiss ich mehr. Ich komme dann wieder zu Ihnen», versprach er. «Die Europapolitik der Schweiz war stets konstant. Wir müssen aber ein geregeltes Verhältnis mit der EU haben. Es herrscht eine grosse Unsicherheit. Wir wollen uns nicht abkoppeln von der EU», betonder Staatssekretär auch im Hinblick auf den Binnenmarkt.

Die EU verlange ein institutionelles Rahmenabkommen mit der Schweiz. Es sei aber gelungen, sogleich die vielen Verträge mit der EU neu zu verhandeln, wozu auch neue wie etwa das Gesundheits- und Stromabkommen gehören. Auf 14 Seiten sei geschrieben, was der Bundesrat wünsche und was durch die 71 Unterhändler verhandelt werde.

Alexandre Fasel ging auch auf die Frage ein, was passiere, falls kein Abkommen zustande kommt: «Die bisherigen Verträge bleiben bestehen.» Doch die EU würde sich weiter entwickeln, und die alten Verträge hätten ein Abrutschen der Schweiz zu einem Drittstaat zur Folge. Was den für die Gewerkschaften und linken Parteien so wichtigen Lohnschutz betrifft, würde er es begrüssen, wenn mit gesetzlichen Anpassungen die Gesamtarbeitsverträge als allgemein verbindlich erklärt würden, also für alle Arbeitnehmende, auch wenn sie nicht einer Gewerkschaft angehören. Das würde den Gewerkschaften entgegenkommen.

Von fremden Richtern wollte er nicht sprechen. «Dieses Argument stimmt nicht», sagte er und erklärte, wie vorgegangen werde, falls sich die EU und die Schweiz nicht einig sind. Er wies dabei auf ein paritätisch zusammengesetztes Schiedsgericht hin. Und werde keine Lösung gefunden, werde der Europäische Gerichtshof angegangen, der aber nur feststellen müsse, ob EU-Recht verletzt worden sei. Dann gehe der Fall wieder ans Schiedsgericht zurück.

Alexandre Fasel hofft, dass dem Bundesrat und dem Parlament in einem Jahr ein Abkommen unterbreitet werden könne. Bei einem Ja sei es dann an den politischen Parteien, dafür zu werben und die Sozialpartner sowie vor allem das Volk von der Notwendigkeit eines Abkommens zu überzeugen. *(az)*

Die Burgergemeinde Freiburg beschliesst neue Investitionen

Die Burgerversammlung der Stadt Freiburg hat Geld für das Wohnheim Les Bonnesfontaines sowie einen Traktor für die Forstdienste freigegeben.

Georges Scherrer

Freiburg Etwas über 40 Burgerinnen und Burger nahmen am Dienstag an der Versammlung im alten Burgerspital teil. Alle Traktanden wurden von den Teilnehmenden diskussionslos durchgewunken.

Die spezialisierte Zusatzpflege im Alters- und Pflegeheim Les Bonnesfontaines soll ausgebaut werden. Dort herrsche ein chronischer Bettenmangel. Die Einrichtung soll mit zwölf Betten in der Demenzabteilung und zwölf Betten in der Pflegeabteilung erweitert werden.

Der Kostenpunkt liegt bei acht Millionen Franken, die zulasten der Burgergemeinde gehen. Die Burgerversammlung gewährte dafür am Dienstagabend einen Studienkredit in der Höhe von 417'000 Franken.

Die Burgergemeinde hat am Dienstagabend neue Investitionen beschlossen. Bild: Til Bürgy

Investieren und planen

Die Versammlung stimmte zudem dem Kauf eines spezialisierten Traktors für die Forstdienste zu. Dieses Gerät mietete die Burgergemeinde bisher. Der Unternehmer geht nun in Pension und überlässt das Fahrzeug der Burgergemeinde für 110'000 Franken. Die Anschaffung eines neuen Traktors hätte 245'000 Franken gekostet, erklärte Gemeindepräsident Thierry Steiert, der die Burgerversammlung leitete.

Vergangenes Jahr stand die Burgergemeinde grossen Herausforderungen gegenüber. Steiert erklärte: «Wir müssen unsere Gebäude und die Landwirtschaftsbetriebe unterhalten und in Renovationen investieren. Das ist ziemlich kostspielig.» Steiert erwartet für die kommenden Jahre hohe Kosten.

«Wir müssen darauf achten, dass wir auf der Einnahmeseite entsprechende Kompensationen generieren.» Nötig sei eine langfristige Finanzplanung. Vergangenes Jahr erwirtschaftete die Burgergemeinde, die auch Wälder im Sensegebiet besitzt, bei einem Umsatz von 6,8 Millionen Franken einen Verlust von 302'900 Franken. Das sind 42'000 Franken mehr, als das Budget vorsah. 2022 betrug der Verlust 290'000 Franken. Trotz tiefer Holzpreise konnte die Forstwirtschaft dank «effizienter Waldbewirtschaftung» den Gesamtverlust abfedern, so Steiert.

Der Syndic wies auf die geplante Immobilienüberbauung Torry-Ost mit eigenem Bahnhof hin, welche die Gemeinde als Renditeobjekt gemeinsam mit der Missionsgesellschaft Bethlehem realisieren will. Der Weinverkauf sei noch nicht zufriedenstellend. Ein neuer Winzer, der seinen Job nächstens antritt, soll den Wein auf Bio trimmen und den Verkauf fördern.

Gemeinderat von Semsales erhält eine Begleitung

Semsales Der Oberamtmann des Vivisbachbezirks ordnet eine Begleitung der Gemeinde Semsales an. Diese Begleitung soll bis zum 31. Dezember dauern. Sie erfolgt durch Philippe Conus, ehemaliger Gemeindeammann von Ursy, teilt das das Oberamt mit.

Diesem Entscheid geht eine Voruntersuchung voraus. Dabei ging es insbesondere um die Beziehungen zwischen dem Gemeinderat und gewissen Mitgliedern des Verwaltungspersonals sowie um die Arbeitsweise der Gemeindeverwaltung. Die Voruntersuchung wurde hauptsächlich wegen Spannungen zwischen dem Gemeinderat und seiner Verwaltung eingeleitet (die FN berichteten).

Letztlich seien diese Spannungen jedoch nicht die Ursache der festgestellten Mängel, heisst es weiter. Vielmehr seien sie eine Folge von Schwierigkeiten, die schon seit einiger Zeit bestünden. Die Gemeinde habe nie versucht, diese zu beheben.

Der Bericht des Oberamts zeige, dass insbesondere Schwierigkeiten bei der Erfüllung bestimmter administrativer Aufgaben sowie bei der allgemeinen Organisation der Verwaltung und der Kommunikation bestünden. Besorgniserregender seien jedoch die Probleme in Bereichen wie den Finanzprozessen, der Betreuung von Dossiers, der Verwaltung der Organe oder der Einhaltung institutioneller Verfahren. (*agr*)

ANZEIGE